Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

29. Jahrgang Ausgegeben zu Düsseldorf am 15. Dezember 1975 **Nummer 82**

Ghed.- Nr	Datum	Inhalt	Seite
2005	18. 11. 1975	Verordnung über die Bestimmung der Bezirke der Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft, die Übertragung von Aufgaben im Bezirk des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft Hagen auf das Staatliche Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft Düsseldorf und die Auflösung des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft Duisburg-Ruhr.	660
2182	18. 11. 1975	Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Auswandererschutzgesetz.	662
51	18. 11. 1975	Zweite Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Unabkömmlichstellung (AV. UkVO.)	662
7101	18. 11. 1975	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach den §§ 30 und 53 der Gewerbeordnung	663
7101	18. 11. 1975	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Gewerbeüberwachung	663
7113	18. 11. 1975	Verordnung zur Ausführung des § 10 des Gesetzes über den Ladenschluß	664
820	25. 11. 1975	Verordnung zur Festsetzung des Wertes der Sachbezüge nach § 160 Abs. 2 Reichsversicherungsordnung für das Kalenderjahr 1976	666
92	18. 11. 1975	Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)	667

2005

**Verordnung
über die Bestimmung der Bezirke
der Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfall-
wirtschaft, die Übertragung von Aufgaben
im Bezirk des Staatlichen Amtes für Wasser- und
Abfallwirtschaft Hagen auf das Staatliche Amt
für Wasser- und Abfallwirtschaft Düsseldorf
und die Auflösung des Staatlichen Amtes für
Wasser- und Abfallwirtschaft Duisburg-Ruhr
Vom 18. November 1975**

Auf Grund des § 9 Abs. 3 in Verbindung mit § 7 Abs. 4 Satz 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Februar 1974 (GV. NW. S. 66), wird verordnet:

§ 1

Anlage Die Bezirke der Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft werden nach Maßgabe der Anlage zu dieser Verordnung bestimmt.

§ 2

Dem Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft Düsseldorf werden der Ausbau und die Unterhaltung der Ruhr, die Beurteilung von Gewässerbenutzungen und von Anlagen in und an der Ruhr und in deren festgestelltem Überschwemmungsgebiet sowie die Aufgaben in Angelegenheiten der Ruhrschiifahrt auch für den Bezirk des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft Hagen übertragen, soweit die Ruhr ein Gewässer erster Ordnung ist (von der Wittener Ruhrschlagd an).

§ 3

Das Staatliche Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft Duisburg-Ruhr wird aufgelöst.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten

die Verordnung über die Delegation der Zuständigkeit zur Einrichtung eines weiteren Wasserwirtschaftsamtes auf den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 17. September 1963 (GV. NW. S. 302),

die Verordnung über die Einrichtung des Wasserwirtschaftsamtes in Duisburg-Ruhr vom 13. Mai 1964 (GV. NW. S. 174) und

die Verordnung über die Bestimmung der Bezirke der Wasserwirtschaftsamter und die Übertragung von Aufgaben im Bezirk anderer Wasserwirtschaftsamter vom 5. September 1967 (GV. NW. S. 152), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. August 1973 (GV. NW. S. 414),

außer Kraft.

Düsseldorf, den 18. November 1975

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Minister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Deneke

Anlage

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Sitz	Bezirk
1	Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft – Aachen –	<p>Im Regierungsbezirk Köln:</p> <p>Kreisfreie Stadt Aachen;</p> <p>Kreise Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg; Erftkreis mit Ausnahme der Städte Brühl und Frechen sowie der Gemeinden Hürth und Pulheim.</p>
2	Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft – Bonn –	<p>Im Regierungsbezirk Köln:</p> <p>Kreisfreie Städte Bonn, Köln;</p> <p>Kreise Rhein-Sieg-Kreis; Oberbergischer Kreis mit Ausnahme der Städte Hückeswagen, Radevormwald und Wipperfürth sowie der Gemeinde Marienheide; aus dem Erftkreis die Städte Brühl und Frechen sowie die Gemeinden Hürth und Pulheim; Rheinisch-Bergischer Kreis mit Ausnahme der Städte Burscheid, Leichlingen und Wermelskirchen sowie der Gemeinden Odenthal und des im Gebiet der Gemeinde Kürten gelegenen Teiles der Großen Dhünntalsperre.</p>
3	Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft – Düsseldorf –	<p>Regierungsbezirk Düsseldorf mit Ausnahme der Gemeinden Hamminkeln, Hünxe und Schermbeck (Kreis Wesel).</p> <p>Im Regierungsbezirk Münster: Von der kreisfreien Stadt Bottrop die Bundeswasserstraße Rhein-Herne-Kanal.</p> <p>Im Regierungsbezirk Arnberg: Aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis die Stadt Schwelm und aus dem Märkischen Kreis die im Gebiet der Stadt Kierspe gelegene Kerspeltalsperre.</p> <p>Im Regierungsbezirk Köln:</p> <p>Kreisfreie Stadt Leverkusen;</p> <p>Kreise aus dem Oberbergischen Kreis die Städte Hückeswagen, Radevormwald und Wipperfürth sowie die Gemeinde Marienheide; aus dem Rheinisch-Bergischen-Kreis die Städte Burscheid, Leichlingen und Wermelskirchen sowie die Gemeinde Odenthal und der im Gebiet der Gemeinde Kürten gelegene Teil der Großen Dhünntalsperre.</p>
4	Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft – Hagen –	<p>Regierungsbezirk Arnberg mit Ausnahme der unter lfd. Nrn. 3 und 5 genannten Gebiete.</p>
5	Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft – Lippstadt –	<p>Im Regierungsbezirk Arnberg:</p> <p>Kreisfreie Städte Hamm und Herne; Bochum und Dortmund mit Ausnahme des jeweiligen Einzugsgebietes der Ruhr;</p> <p>Kreise Soest mit Ausnahme der Gemeinden Wickede und Ense sowie der Möhnetalsperre und des Einzugsgebietes der Möhne unterhalb der Talsperrenmauer in der Gemeinde Möhnesee; Unna mit Ausnahme der Städte Fröndenberg und Schwerte sowie des Einzugsgebietes der Ruhr in der Gemeinde Holzwickede; aus dem Hochsauerlandkreis die Städte Brilon und Marsberg.</p> <p>Im Regierungsbezirk Detmold:</p> <p>Kreis Paderborn; aus dem Kreis Lippe die Gemeinde Schlangen.</p> <p>Im Regierungsbezirk Düsseldorf: Aus dem Kreis Wesel die Gemeinden Hünxe und Schermbeck.</p>

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Sitz	Bezirk
		Im Regierungsbezirk Münster:
		Kreisfreie Städte Gelsenkirchen; Bottrop mit Ausnahme der unter lfd. Nr. 3 genannten Gebiete der Bundeswasserstraße Rhein-Herne-Kanal;
		Kreise Recklinghausen mit Ausnahme des nördlich der amtlich festgestellten Grenze des rechtsseitigen Überschwemmungsgebietes der Lippe liegenden Gebietes der Stadt Haltern; aus dem Kreis Warendorf die Gemeinde Wadersloh.
6	Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft – Minden –	Regierungsbezirk Detmold mit Ausnahme des Kreises Paderborn und der Gemeinde Schlangen (Kreis Lippe).
7	Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft – Münster –	Regierungsbezirk Münster mit Ausnahme der unter lfd. Nrn. 3 und 5 genannten Gebiete.
		Im Regierungsbezirk Düsseldorf: Aus dem Kreis Wesel die Gemeinde Hamminkeln.

– GV. NW. 1975 S. 660.

2182

**Verordnung
über die Zuständigkeiten
nach dem Auswandererschutzgesetz
Vom 18. November 1975**

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Satz 1 des Auswandererschutzgesetzes (AuswSG) vom 26. März 1975 (BGBl. I S. 774) und § 36 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 80) wird verordnet:

§ 1

Für die Ausführung des Auswandererschutzgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sind die Regierungspräsidenten zuständig.

§ 2

Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 6 des Auswandererschutzgesetzes wird den Regierungspräsidenten übertragen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 18. November 1975

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

(L. S.)

Der Innenminister
Hirsch

– GV. NW. 1975 S. 662.

51

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Ausführungsverordnung
zur Verordnung über die Zuständigkeit und
das Verfahren bei der Unabkömmlichstellung
(AV.UkVO.)**

Vom 18. November 1975

Auf Grund des § 1 Abs. 1 und des § 5 Abs. 2 der Verordnung über die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Unabkömmlichstellung vom 24. Juli 1962 (BGBl. I S. 524) wird verordnet:

Artikel I

Die Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Unabkömmlichstellung (AV.UkVO.) vom 22. Januar 1963 (GV. NW. S. 107), geändert durch Verordnung vom 17. Mai 1966 (GV. NW. S. 347), wird wie folgt geändert:

1. Die Bezeichnung „Landkreise“ im gesamten Text der Ausführungsverordnung wird durch die Bezeichnung „Kreise“ ersetzt.
2. In § 1 Abs. 1 Nr. 3, § 1 Abs. 2 Nr. 1 und § 3 Nr. 1 wird das Wort „Oberlandesgerichtspräsidenten“ durch die Worte „Präsidenten der Oberlandesgerichte“ ersetzt.
3. In § 1 Abs. 1 Nr. 4 werden hinter den Worten „die Generalstaatsanwälte“ die Worte „und die Präsidenten der Justizvollzugsämter“ eingefügt.
4. In § 1 Abs. 1 Nr. 5 werden die Worte „mit Ausnahme der Zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle im Geschäftsbereich des Innenministers“ gestrichen und die Worte „Volksschulen, Sonderschulen, Realschulen und berufsbildenden Schulen sowie höheren Schulen“ durch die Worte „Grundschulen, Hauptschulen, Sonderschulen, Realschulen, beruflichen Schulen, Gesamtschulen und Kollegschulen sowie der Gymnasien“ ersetzt.

5. In § 1 Abs. 1 Nr. 7 wird das Wort „wissenschaftlichen“ gestrichen.
6. § 1 Abs. 1 Nr. 8 erhält folgende Fassung:
8. bei Wehrpflichtigen ihrer sowie der ihnen nachgeordneten Behörden und Einrichtungen des Landes
- im Geschäftsbereich des Innenministers
das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik,
das Landeskriminalamt,
die Landesrentenbehörde,
das Landesamt für Besoldung und Versorgung,
das Landesvermessungsamt,
die Direktion der Bereitschaftspolizei,
 - im Geschäftsbereich des Kultusministers
die Schulkollegien bei den Regierungspräsidenten,
 - im Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
das Geologische Landesamt,
das Staatliche Materialprüfungsamt,
das Landesoberbergamt,
die Landeseichdirektion,
 - im Geschäftsbereich des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
das Landesamt für Ernährungswirtschaft,
das Landesjagdamt,
das Landesamt für Agrarordnung,
die Direktoren der Landwirtschaftskammern als Landesbeauftragte,
 - im Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung
die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen,
 - im Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
das Oberversicherungsamt,
die Ausführungsbehörde für Unfallversicherung,
das Landesversorgungsamt,
die Zentralstelle für den Bergmannversorgungsschein;
7. § 1 Abs. 1 Nr. 9 Buchstabe a) wird aufgehoben; die bisherigen Buchstaben b) und c) werden Buchstaben a) und b).
8. In § 1 Abs. 2 Nr. 1 werden die Worte „und die Generalstaatsanwälte“ durch die Worte „die Generalstaatsanwälte und die Präsidenten der Justizvollzugsämter“ ersetzt.
9. In § 1 Abs. 2 Nr. 2 werden die Worte „Kanzler und Kuratoren der wissenschaftlichen Hochschulen“ durch die Worte „Rektoren, Direktoren und Kanzler der Hochschulen“ ersetzt.
10. § 2 Nr. 1 erhält folgende Fassung:
1. bei Wehrpflichtigen, die im Zivilschutz oder im Katastrophenschutz tätig sind und nicht unter § 1 Abs. 5 Nr. 5 der Verordnung über die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Unabkömmlichstellung fallen oder die einer im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisation angehören,
die Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und Kreise;
11. § 2 Nr. 5 erhält folgende Fassung:
5. bei Wehrpflichtigen, die bei den nichtbundeseigenen Eisenbahnen, in der Hafenschiffahrt, bei Binnenhäfen, auf Flugplätzen oder den unmittelbar hierzu gehörenden Umschlagsbetrieben tätig sind,
die Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und Kreise;
12. In § 3 Nr. 2 wird das Wort „Landesgerichtspräsidenten“ durch die Worte „Präsidenten der Landgerichte“ ersetzt und die Worte „Amtsgericht oder“ gestrichen.
13. In § 3 Nr. 6 wird das Wort „Regierungspräsidenten“ durch die Worte „Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und der Kreise“ ersetzt.
14. In § 5 werden die Worte „beim Bereichwehrrersatzamt“ durch die Worte „bei der Wehrbereichsverwaltung“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 18. November 1975

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Innenminister
Hirsch

– GV. NW. 1975 S. 662

7101

**Verordnung
zur Regelung von Zuständigkeiten
nach den §§ 30 und 53 der Gewerbeordnung
Vom 18. November 1975**

Aufgrund des § 155 Abs. 2 der Gewerbeordnung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 1975 (BGBl. I S. 774), und des § 36 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 80) wird verordnet:

§ 1

Zuständig für die Erteilung und Versagung einer Konzession nach § 30 der Gewerbeordnung ist der Regierungspräsident; er ist auch zuständig für deren Rücknahme oder Widerruf nach § 53 der Gewerbeordnung.

§ 2

Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 144 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b der Gewerbeordnung wird dem Regierungspräsidenten übertragen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 18. November 1975

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Friedhelm Farthmann

– GV. NW. 1975 S. 663

7101

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Regelung
von Zuständigkeiten auf dem Gebiet
der Gewerbeüberwachung
Vom 18. November 1975**

Auf Grund des § 155 Abs. 2 der Gewerbeordnung wird verordnet:

Artikel I

Die Anlage zur Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Gewerbeüberwachung vom 10. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1558), geändert durch Verordnung vom 25. Juli 1975 (GV. NW. S. 516), wird wie folgt geändert:

Nach lfd. Nr. 1.39 wird folgende lfd. Nr. 1.40 angefügt:

„1.40	§ 150 Abs. 2	Entgegennahme der Anträge auf Auskunft aus dem Gewerbezentralregister	OrdB“
-------	--------------	---	-------

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

Düsseldorf, den 18. November 1975

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
Dr. Riemer

– GV. NW. 1975 S. 663

7113

**Verordnung
zur Ausführung des § 10 des Gesetzes
über den Ladenschluß**

Vom 18. November 1975

Auf Grund des § 10 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl. I S. 685), wird verordnet:

§ 1

Verkauf an Sonntagen,
Feiertagen und Samstagen in Kur-,
Ausflugs- und Erholungsorten

Anlage (1) In den Kur-, Ausflugs- und Erholungsorten, die in der Anlage zu dieser Verordnung unter A, B und C aufgeführt sind, dürfen Badegegenstände, frische Früchte, alkoholfreie Getränke, Milch und Milcherzeugnisse im Sinne des § 4 Abs. 2 des Milch- und Fettgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 1974 (BGBl. I S. 1185), Süßwaren, Tabakwaren, Blumen, Zeitungen und Waren, die für diese Orte kennzeichnend sind, an den dort genannten Sonn- und Feiertagen bis zur Dauer von acht Stunden verkauft werden.

(2) In den Kur-, Ausflugs- und Erholungsorten, die in der Anlage zu dieser Verordnung unter D aufgeführt sind, dürfen die in Absatz 1 bezeichneten Waren an Samstagen vor den Sonntagen, für die nach Absatz 1 ein Geschäftsverkehr zugelassen ist, bis 20.00 Uhr verkauft werden. Verkaufsstellen, die hiernach an Samstagen länger als bis 14.00 Uhr offenhalten, müssen am Montag derselben Woche ab 14.00 Uhr geschlossen sein.

§ 2

Verkauf an Sonntagen,
Feiertagen und Samstagen
in Wallfahrtsorten

(1) In den Wallfahrtsorten, die in der Anlage zu dieser Verordnung unter E aufgeführt sind, dürfen Devotionalien, frische Früchte, alkoholfreie Getränke, Milch und Milcherzeugnisse im Sinne des § 4 Abs. 2 des Milch- und Fettgesetzes, Süßwaren, Blumen und Waren, die für diese Orte kennzeichnend sind, an den dort genannten Sonn- und Feiertagen bis zur Dauer von acht Stunden verkauft werden.

(2) In den Wallfahrtsorten, die in der Anlage zu dieser Verordnung unter F aufgeführt sind, dürfen die in Absatz 1 genannten Waren an Samstagen vor den Sonntagen, für die nach Absatz 1 ein Geschäftsverkehr zugelassen ist, bis 20.00 Uhr verkauft werden. § 1 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 3

Verkauf an Sonn- und Feiertagen
in sonstigen Ausflugs-, Erholungs-
und Wallfahrtsorten

In den sonstigen Ausflugs-, Erholungs- und Wallfahrtsorten, die in der Anlage zu dieser Verordnung unter G aufgeführt sind, dürfen frische Früchte, alkoholfreie Getränke, Milch und Milcherzeugnisse im Sinne des § 4 Abs. 2 des Milch- und Fettgesetzes, Süßwaren, Tabakwaren, Devotionalien und Waren, die für diese Orte kennzeichnend sind, an den dort genannten Sonn- und Feiertagen bis zur Dauer von acht Stunden verkauft werden.

§ 4

Arbeitnehmerschutz

Arbeitnehmern, die auf Grund dieser Verordnung oder der in § 4 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits-, Immissions- und technischen Gefahrenschutzes (ZustVO AltG) vom 6. Februar 1973 (GV. NW. S. 66), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. April 1975 (GV. NW. S. 348), genannten Regelungen an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden, ist auf Wunsch die Freizeit, die zum Besuch des Vormittagsgottesdienstes erforderlich ist, zu gewähren.

§ 5

Aushänge

Die Inhaber von Verkaufsstellen, in denen auf Grund dieser Verordnung oder der in § 4 Abs. 1 Nr. 2 ZustVO AltG genannten Regelungen ein erweiterter Geschäftsverkehr stattfindet, müssen die Verkaufszeiten und die zum Verkauf zugelassenen Waren an oder in den Verkaufsstellen, von außen deutlich sichtbar, bekanntgeben. Soweit nach § 1 Abs. 2 Satz 2 und § 2 Abs. 2 Satz 2 ein früher Ladenschluß am Montag vorgeschrieben ist, ist das zu vermerken. Die Aushänge sind der örtlichen Ordnungsbehörde vorzulegen.

§ 6

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 24 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über den Ladenschluß handelt, wer

1. zu den Geschäftszeiten, die nach §§ 1, 2 und 3 ausnahmsweise zugelassen sind, andere als die zugelassenen Waren verkauft,
2. gegen die Vorschrift des § 4 über die Gewährung von Freizeit zum Besuch des Gottesdienstes verstößt,
3. gegen die Vorschrift des § 5 über Aushänge verstößt.

§ 7

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung zur Ausführung der §§ 10 und 11 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 14. Juli 1970 (GV. NW. S. 584) außer Kraft.

Düsseldorf, den 18. November 1975

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Friedhelm Farthmann

Anlage**Anlage zur Verordnung zur Ausführung
des § 10 des Gesetzes über den Ladenschluß
vom 18. November 1975**

A Kur-, Ausflugs- und Erholungsorte, in denen, beginnend mit dem ersten Sonntag im März, an 40 aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der stillen Feiertage (§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage vom 9. Mai 1961 (GV. NW. S. 209), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Oktober 1975 (GV. NW. S. 562)) und des Fronleichnamstags, ein Geschäftsverkehr zugelassen ist (§ 1 Abs. 1 der Verordnung):

1. Im Regierungsbezirk Arnsberg:

in der Stadt Attendorn die Stadtteile Attendorn-Stadt, Eichen, Ewig, Kraghammer, Neulisternohl und Wörmge
in der Stadt Bad Berleburg der Stadtteil Stadtkern Bad Berleburg

in der Gemeinde Bad Sassendorf der Ortsteil Bad Sassendorf

in der Stadt Dortmund der Stadtteil Syburg

in der Stadt Drolshagen die Stadtteile Herpel und Kalberschnacke

in der Stadt Hagen die Stadtteile Bathey und Hengstey und das Gelände des Freilichtmuseums Mäckingerbachtal

in der Stadt Hattingen der Stadtteil Blankenstein

in der Stadt Iserlohn der Stadtteil Letmathe-Untergrüne

in der Stadt Laasphe die Stadtteile Stadtkern Laasphe, Feudingen und Hesselbach

in der Stadt Lennestadt die Stadtteile Bilstein und Saalhausen

in der Stadt Lippstadt der Stadtteil Bad Waldliesborn

in der Stadt Marsberg der Stadtteil Helminghausen

in der Stadt Meinerzhagen die Stadtteile Berlinghausen, Hunzwinkel und Windebruch

in der Stadt Meschede das Gebiet der Sperrmauer der Hennetalsperre bis zu einem Abstand von 500 m von der Sperrmauer, sowie die Stadtteile Berghausen, Enkhausen und Mielinghausen

in der Gemeinde Möhnesee die Ortsteile Delecke, Güne, Körbecke, Stockum, Völlinghausen und Wamel

in der Stadt Olpe die Stadtteile Stadtkern Olpe, Ronnewinkel, Rosenthal, Eichhagen, Hitzendumicke, Kessenhammer, Rhode, Sondern und Stade

in der Gemeinde Selm der Ortsteil Cappenberg

in der Stadt Sundern die Stadtteile Amecke und Langscheid

in der Stadt Warstein das Fremdenverkehrsgebiet Wildpark und Tropfsteinhöhle

2. Im Regierungsbezirk Detmold:

in der Stadt Bad Driburg die Stadtteile Bad Driburg, Alhausen, Bad Hermannsborn und Neuenheerse

Stadt Bad Lippspringe

Stadt Bad Oeynhausen

in der Stadt Bad Salzuflen der Stadtteil Salzuflen

in der Stadt Detmold die Stadtteile Berlebeck, Heiligenkirchen und Hiddesen (mit Grotenburg)

in der Stadt Horn-Bad Meinberg der Stadtteil Bad Meinberg und das Gebiet im Umkreis von 200 m um die Externsteine

in der Stadt Höxter das Gebiet im Umkreis von 200 m um das Schloß Corvey

Stadt Porta Westfalica

in der Stadt Schieder-Schwalenberg die Stadtteile Schieder und Schwalenberg

in der Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock der Ortsteil Stukenbrock

Stadt Vlotho

Stadt Willebadessen

3. Im Regierungsbezirk Düsseldorf:

in der Gemeinde Brügggen das Gelände der Burg Brügggen, die Straßen Burgwall, Klosterstraße ab Mündung Westring bis zur Kreuzung Roermonder/Borner Straße, Borner Straße bis einschließlich „Wilhelm-Kerren-Museum“ und das Gelände des Natur- und Tierparks „Schwalmtal“

in der Stadt Dormagen der Stadtteil Zons

in der Stadt Emmerich der Stadtteil Elten

in der Gemeinde Erkrath und der Stadt Mettmann das Gebiet im Umkreis von 350 m um die Brücke im Neandertal bei km 14.7 der Landstraße 1. Ordnung 403 von Erkrath nach Mettmann

in der Stadt Essen das Ufergelände von Baldeneysee und Ruhr zwischen der Fähre Haus Scheppen-Heisingen und der Werdener Ruhrbrücke, begrenzt durch die Freiherr-vom-Stein-Straße und das Hardenbergufer (einschließlich dieser Straßen), sowie im Stadtteil Kettwig die Hauptstraße, die Bahnhofstraße und die von diesem Straßenzug ruhrwärts gelegenen Straßen und der Stadtteil Kettwig vor der Brücke

in der Stadt Solingen der Stadtteil Burg a. d. Wupper und die Straße Müngstener Brückenweg

in der Stadt Xanten das Stadtgebiet Xanten in den Grenzen bis zum 31. 12. 1974

4. Im Regierungsbezirk Köln:

Stadt Bad Honnef

Stadt Bad Münstereifel

in der Gemeinde Blankenheim der Ortsteil Blankenheim (Ahr)

in der Stadt Bonn im Stadtteil Mehlem die Austraße einschließlich der linksrheinischen Anlegestelle der Mehlemer Fähre

in der Stadt Brühl das Gebiet des Schlosses Augustsburg und des Schloßparkgeländes, des Märchenwaldes „Phantasialand“ und des Erholungsparks Ville

in der Gemeinde Dahlem der Ortsteil Kronenburg

in der Stadt Gummersbach die Stadtteile Bredenbruch, Deitenbach und Lantenbach

in der Stadt Heimbach die Stadtteile Heimbach und Hasenfeld

Stadt Königswinter

in der Gemeinde Marienheide die Ortsteile Eberg, Lambach, Linge, Stühlinghausen, Wernscheid, Marienheide und Gimborn

in der Stadt Monschau der Stadtteil Monschau

in der Gemeinde Nettersheim der Ortsteil Nettersheim

in der Stadt Nideggen die Stadtteile Nideggen und Schmidt

in der Gemeinde Nümbrecht der Ortsteil Nümbrecht

in der Gemeinde Odenthal der Ortsteil Altenberg

in der Stadt Schleiden die Stadtteile Schleiden und Gemünd

in der Gemeinde Simmerath die Ortsteile Dedenborn, Rurberg, Woffelsbach, Hammer, Einruhr und Erkensruhr

5. Im Regierungsbezirk Münster:

in der Stadt Gelsenkirchen, Stadtteil Gelsenkirchen-Buer, am „Löwenpark Graf Westerholt“ vom Ausgang des Parks 100 m entlang der Privatstraße in einer Tiefe von 50 m

in der Stadt Haltern die Innenstadt einschließlich Stausee und die Stadtteile Lavesum, Sythen und Hullern

in der Stadt Waltrop die Straße zum Neuen Hebewerk sowie die Recklinghauser Straße von Haus Nr. 316 bis 320

Stadt Tecklenburg mit Ausnahme der Stadtteile Brochterbeck, Ledde und Leeden

B Kur-, Ausflugs- und Erholungsorte, in denen, beginnend mit dem ersten Sonntag nach dem 15. Mai, an 23 und, beginnend mit dem 25. Dezember, an 17 aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der stillen Feiertage (§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage) und des Fronleichnamstags, ein Geschäftsverkehr zugelassen ist (§ 1 Abs. 1 der Verordnung):

- Im Regierungsbezirk Arnsberg:
in der Gemeinde Netphen die Ortsteile Brauersdorf und Netphen
in der Stadt Sundern der Stadtteil Wildewiese
in der Stadt Winterberg die Stadtteile Altastenberg, Neustenberg, Winterberg und Züschen
- C Kur-, Ausflugs- und Erholungsorte, in denen, beginnend mit dem 25. Dezember, an 17 aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der stillen Feiertage (§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage), ein Geschäftsverkehr zugelassen ist (§ 1 Abs. 1 der Verordnung):
1. Im Regierungsbezirk Arnsberg:
in der Stadt Meinerzhagen die Stadtteile Stadtkern Meinerzhagen und Valbert
in der Stadt Winterberg die Stadtteile Hoheleye, Lange- wiese und Mollseifen
 2. Im Regierungsbezirk Köln:
in der Gemeinde Hellenthal die Ortsteile Hollerath und Udenbreth
in der Stadt Monschau der Stadtteil Rohren
- D Kur-, Ausflugs- und Erholungsorte, in denen samstags ein erweiterter Geschäftsverkehr zugelassen ist (§ 1 Abs. 2 der Verordnung):
1. In den Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Köln:
die unter A Nr. 1., 3. und 4., unter B und unter C genannten Orte
 2. Im Regierungsbezirk Detmold:
in der Stadt Bad Driburg die Stadtteile Bad Driburg, Alhausen, Bad Hermannsborn und Neuenheerse
in der Stadt Höxter das Gebiet im Umkreis von 200 m um das Schloß Corvey
Stadt Willebadessen
 3. Im Regierungsbezirk Münster:
in der Stadt Gelsenkirchen, Stadtteil Gelsenkirchen- Buer, am „Löwenpark Graf Westerholt“ vom Ausgang des Parks 100 m entlang der Privatstraße in einer Tiefe von 50 m
Stadt Tecklenburg mit Ausnahme der Stadtteile Broch- terbeck, Ledde und Leeden
- E Wallfahrtsorte, in denen an den nachstehend genannten Sonn- und Feiertagen ein Geschäftsverkehr zugelassen ist (§ 2 Abs. 1 der Verordnung):
1. Im Regierungsbezirk Arnsberg:
Stadt Werl
an je einem Sonn- oder Feiertag aus Anlaß der Ermlän- der-Wallfahrt, der Wallfahrt der Glatzer und Sudeten- deutschen, der Wallfahrt der Schlesier und der Wall- fahrt des Kolpingwerkes,
ferner
an den ersten 2 Sonntagen im Mai
am ersten Sonntag im Juni
an den ersten 4 Sonntagen im Juli
an den letzten 2 Sonntagen im August
an den ersten 3 Sonntagen im September
an den ersten 4 Sonntagen im Oktober
 2. Im Regierungsbezirk Detmold:
in der Stadt Salzkotten der Stadtteil Verne
an den Sonntagen im Mai
am Sonntag nach dem 2. Juli (Mariae Heimsuchung)
 3. Im Regierungsbezirk Düsseldorf:
in der Stadt Kevelaer der Stadtteil Kevelaer in den Grenzen bis zum 30. 6. 1969
in der Stadt Velbert der Stadtteil Neviges in den Gren- zen bis zum 31. 12. 1974
beginnend mit dem ersten Sonntag im März, an 40 aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen, mit Aus- nahme der stillen Feiertage (§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage)
4. Im Regierungsbezirk Köln:
in der Gemeinde Aldenhoven der Ortsteil Aldenhoven aus Anlaß des
2. Juli (Mariae Heimsuchung)
15. August (Mariae Himmelfahrt) und
8. September (Mariae Geburt)
an den Tagen selbst und am folgenden Sonntag, wenn das Kirchenfest auf einen Sonntag fällt
an dem Sonntag, der dem Fest vorangeht und der ihm folgt, wenn das Fest auf einen Montag oder Dienstag fällt
an den beiden Sonntagen, die dem Fest folgen, wenn das Fest auf einen Mittwoch, Donnerstag, Freitag oder Samstag fällt
in der Stadt Heimbach der Stadtteil Heimbach, beginnend mit dem 1. Sonntag im März, an 40 aufeinan- derfolgenden Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der stillen Feiertage (§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage)
5. Im Regierungsbezirk Münster:
in der Stadt Billerbeck das Gebiet im Umkreis von 150 m um die Benediktiner-Abtei Gerleve
in der Stadt Haltern der Wohnplatz Annaberg
in der Stadt Oelde der Stadtteil Stromberg
Stadt Telgte ohne den Stadtteil Westbevern
beginnend mit dem ersten Sonntag im März, an 40 aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen, mit Aus- nahme der stillen Feiertage (§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage)
- F Wallfahrtsorte, in denen samstags ein erweiterter Ge- schäftsverkehr zugelassen ist (§ 2 Abs. 2 der Verordnung):
1. In den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf:
die unter E Nr. 1. und 3. genannten Orte
 2. Im Regierungsbezirk Köln:
in der Stadt Heimbach der Stadtteil Heimbach
 3. Im Regierungsbezirk Münster:
In der Stadt Billerbeck das Gebiet im Umkreis von 150 m um die Benediktiner-Abtei Gerleve
Stadt Telgte ohne den Stadtteil Westbevern
- G Sonstige Ausflugs-, Erholungs- und Wallfahrtsorte, in denen, beginnend mit dem ersten Sonntag im März, an 40 aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen, mit Ausnah- me der stillen Feiertage (§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage) und des Fronleichnamstags, ein Geschäfts- verkehr zugelassen ist (§ 3 der Verordnung):
- Im Regierungsbezirk Köln:
in der Stadt Bonn die Dahlmannstraße zwischen Strese- mannufer und Görresstraße, die Görresstraße zwischen Dahlmannstraße und Heuss-Allee, die Kurt-Schuma- cher-Straße auf der Seite des Sportparks Gronau, der Lan- gemarckweg, die Anlegestelle der Rheinschiffahrt Ecke Stresemannstraße und Heimkehrerweg
in der Stadt Köln das Gebiet zwischen Bahnhofsvorplatz, Trankgasse, Omnibusbahnhof Nord- und Westseite, Be- chergasse, Alter Markt, Obenmarspforten, Hohe Straße, Wallrafplatz, Unter Fettenhennen, Komödienstraße bis Haus Nr. 19, Andreaskloster, An den Dominikanern, Mar- zellenstraße bis Haus Nr. 11 und Bahnhofstraße (ein- schließlich dieser Straßen und Plätze)

– GV. NW. 1975 S. 664

820

**Verordnung
zur Festsetzung des Wertes der Sachbezüge
nach § 160 Abs. 2 Reichsversicherungsordnung
für das Kalenderjahr 1976**

Vom 25. November 1975

Auf Grund des § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsord- nung (RVO) wird verordnet:

§ 1

Der Wert der Sachbezüge im Sinne von § 160 Abs. 1 RVO wird für das Kalenderjahr 1976 wie folgt festgesetzt:

A Freie Station (Kost und Wohnung)

I Die Werte der freien Station betragen monatlich	DM
1. für Beschäftigte in gehobener oder leitender Stellung	351,-
2. für die übrigen Beschäftigten	279,-

II Wird die volle oder teilweise freie Station tageweise oder wochenweise gewährt, so sind für den Tag $\frac{1}{30}$ und für die Woche $\frac{7}{30}$ der unter I Nr. 1 oder 2 sowie der unter III und IV genannten Werte anzusetzen.

III Bei teilweiser Gewährung von freier Station sind anzusetzen:

1. Wohnung (mit Heizung und Beleuchtung)	mit $\frac{6}{20}$
2. Frühstück	mit $\frac{3}{20}$
3. Mittagessen	mit $\frac{6}{20}$
4. Abendessen	mit $\frac{5}{20}$

der unter I Nr. 1 oder 2 genannten Werte.

IV Wird die freie Station nicht nur dem Beschäftigten allein, sondern auch seinen Familienangehörigen gewährt, so erhöhen sich die unter I bis III bezeichneten Werte

1. für den Ehegatten	um 80 v. H.
2. für jedes Kind bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr	um 30 v. H.
3. für jedes ältere Kind	um 40 v. H.

V Die freie einheitliche Gemeinschaftsverpflegung ist nach dem unter A I Nr. 2 genannten Wert zu bemessen.

B Deputate in der Land- und Forstwirtschaft

Für die Deputate in der Land- und Forstwirtschaft werden die folgenden Werte festgesetzt:

1. Freie Wohnung für verheiratete Deputatempfänger der in A I Nr. 2 genannten Art jährlich	DM 1 200,-
2. Freie Feuerung	
a) Hartholz für den Raummeter	20,-
b) Weichholz für den Raummeter	19,-
3. Getreide	
a) Roggen für 50 kg	22,-
b) Weizen für 50 kg	24,-
c) Futtergetreide für 50 kg	21,-
4. Kartoffeln	
a) sortierte Speisekartoffeln für 50 kg	15,-
b) unsortierte Kartoffeln für 50 kg	12,-
5. Vollmilch für das Liter	0,55
6. Butter für 500 g	3,70
7. a) Schlachtschwein für 50 kg Lebendgewicht	160,—
b) Schlachtschwein für 50 kg Schlachtgewicht	210,—

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

Düsseldorf, den 25. November 1975

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Friedhelm Farthmann

92

Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)

Vom 18. November 1975

§ 1

(1) Unter Verwaltungsbehörden im Sinne des § 68 Abs. 1 Satz 1 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) sind die Kreise und kreisfreien Städte.

(2) Höhere Verwaltungsbehörden im Sinne des § 68 Abs. 1 Satz 2 StVZO sind die Regierungspräsidenten.

§ 2

Die Kreise und kreisfreien Städte sind zuständig für

1. die Anerkennung einer Stelle über die Unterweisung in Sofortmaßnahmen am Unfallort oder über die Ausbildung in Erster Hilfe nach § 8 a Abs. 4 Nr. 7, § 8 b Abs. 4 Nr. 5 StVZO,
2. die Anerkennung von Kraftfahrzeugwerkstätten und Bremsendiensten sowie von Betrieben, die die Untersuchung ihrer Fahrzeuge nach § 29 StVZO im eigenen Betrieb vornehmen wollen, nach Nummer 6.1 der Anlage VIII zur StVZO,
3. die Aufsicht nach Nummer 6.6 der Anlage VIII zur StVZO über die Inhaber der Anerkennungen.

§ 3

Die Regierungspräsidenten sind zuständig für

1. die Entscheidung über die vorzeitige Tilgung von Eintragungen im Verkehrszentralregister nach § 13 a Abs. 4 Nr. 2 StVZO,
2. die Anerkennung der Eignung von Ausbildungsbetrieben nach § 15 e Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe c StVZO,
3. die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 70 Abs. 1 Nr. 2 StVZO.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten die Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach § 29 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 17. Oktober 1960 (GV. NW. S. 342) und die Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit gemäß § 70 Abs. 1 Nr. 2 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 5. März 1955 (GS. NW. S. 851) außer Kraft.

§ 5

Diese Verordnung wird erlassen

1. von der Landesregierung aufgrund des § 5 Abs. 1 des Ersten Vereinfachungsgesetzes vom 23. Juli 1957 (GV. NW. S. 189), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504), nach Anhörung des Verkehrsausschusses des Landtags,
2. von der Landesregierung aufgrund des § 5 Abs. 2 des Ersten Vereinfachungsgesetzes vom 23. Juli 1957 (GV. NW. S. 189), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504),
3. vom Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr aufgrund des § 8 a Abs. 4 Nr. 7, § 8 b Abs. 4 Nr. 5, § 15 e Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe c, § 68 Abs. 1 Satz 2, § 70 Abs. 1 Nr. 2 StVZO sowie aufgrund der Nummern 6.1 und 6.6 der Anlage VIII zur StVZO.

Düsseldorf, den 18. November 1975

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Heinz Kühn

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
Dr. Riemer

Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Gesetz- und Verordnungsblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,- DM, Ausgabe B 17,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.